

Antrag

Gremium	Sitzungsdatum	
Stadtverordnetenversammlung	12.11.2020	

Beratungsgegenstand

Antrag der AfD-Fraktion: Wasserzeitung abschaffen

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Zweckverbandsversammlung zu beantragen, dass der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland künftig keine „Wasserzeitung“ mehr herausbringt und verteilen lässt.

Begründung:

Der Zweckverband ist ein Monopolanbieter, dem die Nutzer zwangsweise angeschlossen sind. Er braucht deshalb keine individuellen Werbemaßnahmen.

Ganz im Gegenteil ist er verpflichtet, zugunsten der durch den Anschluss- und Benutzungszwang an ihn gebundenen Kostenschuldner möglichst kostengünstig und wirtschaftlich zu arbeiten.

Dem steht die flächendeckende Herausgabe und Verbreitung einer sogenannten „Wasserzeitung“ entgegen. Diese verursacht Kosten, die durch Sinn und Zweck des Anschluss- und Benutzungszwangs nicht gerechtfertigt sind. Deshalb ist die Finanzierung einer derartigen Zeitung aus Zwangsgebühren rechtswidrig.

Darüber hinaus ist die Herstellung und Verbreitung der sogenannten Wasserzeitung auch unökologisch. Mindestens 99 % der Empfänger dieser Zeitung schmeißen sie ungeprüft ins Altpapier. Es entsteht jährlich tonnenweise Papiermüll ohne jeglichen Nutzen auf Kosten der Zwangsgebührenzahler. Dieser Papiermüll und diese Kosten sind künftig zu vermeiden.

**Lars Aulich
für die Fraktion der AfD in der SVV Fürstenwalde**

Auswirkungen auf das Klimakonzept:

(Geben Sie hier den Sachverhalt ein.)